

Kreistag des Landkreises Altenburger Land
Kreistag

Niederschrift

KT/026/2023

der 26. Sitzung des Kreistages - **öffentlicher Teil** - am Mittwoch, dem 29.11.2023, im
Landratsamt Altenburger Land, Lindenaustraße 9, 04600 Altenburg, Landschaftssaal

Anwesenheit:

hauptamtl. Beigeordneter

Bergmann, Matthias

Vertretung für Herrn Melzer

CDU/FDP-Fraktion

Backmann-Eichhorn, Kathrin

Greunke, Marcel

Gumprecht, Christian

Heitsch, Hans-Jürgen

Hermann, Rolf

Neumann, André

Schaller, Henriette

anwesend ab 17:07 Uhr (ab TOP 3) bis
18:53 Uhr (TOP 8)

Tanzmann, Frank

Zippel, Christoph

SPD/Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Helbig, Carsten

Läbe, Hendrik

Paulicks, Alexander

Prehl, Ingo

Rath, Doreen

Rosenfeld, Frank

Schrade, Sven

Stange, Steffen

anwesend bis 18:19 Uhr (TOP 6)

Fraktion DIE LINKE.Altenburger Land

Eißing, Mandy

Hübschmann, Klaus

Plötner, Ralf

Sojka, Michaele

Tempel, Frank

AfD-Kreistagsfraktion

Beer, Tommy

Hoffmann, Thomas

Oehler, Bernd

Rudy, Thomas

Senftleben, Thomas

Weber, Ronny

Fraktion DIE REGIONALEN

Franke, Andy

Helbig, Christine

Kühn, Steffen

Liefländer, Klaus-Peter

Rolle, Tina

Fraktion FREIE WÄHLER

Haustein, Silke
Kresse, Thomas
Rückert, Uwe

Geschäftsführer

Bonert, Tatjana
Werner, Gundula, Dr.
Wiese, André

Fachbereichsleiter

Just, Frank
Thieme, Ronny
Wenzlau, Bernd

Fachdienstleiter

Apel, Michael
Bessel, Holger
Etzold, Loreen
Franke, Jenny
Heine, Conny
Heiner, Jens
Trübger, Jörg
Wolf, Thomas

Schriftführung

Albrecht, Angelika
Gabler, Kerstin

weitere Teilnehmer

Rösler, Wiebke
Torge Dermitzel

anwesend bis 18:10 Uhr

Herr Dr. Rainer Vock vom IKPE - Institut für kommunale Planung und Entwicklung e. V.

Entschuldigt:

Landrat

Melzer, Uwe

CDU/FDP-Fraktion

Dathe, Achim
Köhler, Christopher
Nündel, Thomas
Pradel, Henrik, Dr.
Reinboth, Gerd
Ronneburger, Jürgen

SPD/Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Scholz, Wolfgang

Fraktion DIE LINKE. Altenburger Land

Klaubert, Jana
Nebel, Eileen

AfD-Kreistagsfraktion

Leibnitz, Carsten

Vorsitz: Christian Gumprecht
Schriftführung: Angelika Albrecht, Kerstin Gabler
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:00 Uhr

Verlauf der Sitzung:

Der Vorsitzende, Herr Gumprecht, eröffnet die 26. Sitzung des Kreistages und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß mit Datum vom 9. November 2023 geladen wurden und Beschlussfähigkeit besteht. Die folgende Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Tagesordnung:**Drucksachen Nr.**

- | | | |
|-----|--|-----------------|
| 1 | Einwohnerfragestunde | |
| 2 | Genehmigung der Niederschrift über die 24. Sitzung vom 6. September 2023 | |
| 3 | Informationen des Landrates | |
| 3.1 | Erste Ergebnisse der Sozialbefragung 2023 | |
| 4 | Verschiedenes | |
| 4.1 | Anfragen aus dem Kreistag | |
| 4.2 | Allgemeine Aussprache gem. § 11 a Geschäftsordnung des Kreistages | |
| 5 | Feststellung des Konzernabschlusses der Klinikum Altenburger Land GmbH für das Geschäftsjahr 2022 | KT-DS/0293/2023 |
| 6 | Haushaltssatzung des Landkreises Altenburger Land für das Haushaltsjahr 2024 | KT-DS/0294/2023 |
| 7 | Finanzplan des Landkreises Altenburger Land für die Jahre 2023 bis 2027 | KT-DS/0295/2023 |
| 8 | Umsetzung der 2. Stufe des Pilot- und Planungsprojektes "Regionalverkehr verbindet-Mobilität für das Altenburger Land" | KT-DS/0296/2023 |
| 9 | Neubesetzung von sachkundigen Bürgern in den Ausschüssen des Kreistages (Antrag der Fraktion DIE LINKE) | KT-DS/0297/2023 |

TOP 1 Einwohnerfragestunde

Von den anwesenden Gästen und Einwohnern des Landkreises erfolgt keine Wortmeldung.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die 24. Sitzung vom 6. September 2023**Abstimmungsergebnis:**

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 36 Mitglieder anwesend.

Die o. g. Niederschrift wurde mit 33 Ja-Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen bestätigt. Ein Mitglied hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

TOP 3 Informationen des Landrates

In Vertretung des Landrates gibt der Hauptamtliche Beigeordnete, Herr Matthias Bergmann, folgendes bekannt bzw. informiert zu nachfolgenden Themen:

- Die Mitglieder des Kreistages finden in ihren Mappen die Jahresplanung der Ausschuss- und KT-Sitzungen für das Jahr 2024.
- Des Weiteren liegt in den Mappen der KTM eine Übersicht über Beschlüsse, die der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau gefasst hat. Herr Bergmann erinnert daran, dass der Kreistag entschieden hat, die Entscheidungskompetenz bei verschiedenen Baumaßnahmen (Planungsleistungen für Bauvorhaben > 100.000 Euro und bei Bauleistungen > 250.000 Euro) auf den WUBA zu übertragen.
Herr Bergmann verliest die getroffenen Entscheidungen.
- Am 9. November erfolgte die Grundsteinlegung für die Erneuerung des Nordflügels der Burg Posterstein (Rohbau). Der Kreistag hatte im September 2020 einen Grundsatzbeschluss gefasst. Es werde davon ausgegangen, dass der erste Bauabschnitt ein Volumen von ca. 2 Millionen Euro haben wird, von denen der Freistaat Thüringen bis zu 1,499 Millionen Euro fördert.
Abschließend informiert Herr Bergmann über einige historische Details zum Nordflügel der Burg Posterstein und welche Flächen für welchen Zweck durch den Neubau entstehen. Barrierefreiheit werde ebenfalls hergestellt. Der Rohbau soll im I. Quartal 2024 stehen, wenn das Wetter mitspielt.
- Herr Bergmann berichtet über die Initiierung eines Kinderbasars durch die Fachdienste Jugendarbeit und Kindertagesbetreuung und Allgemeiner Sozialer Dienst. Gespendet haben Schulsozialarbeiter, Einwohner des Landkreises, Mitarbeiter der Kreisverwaltung sowie deren Kinder.
Gestartet wird der Basar am 30. November. Es wird keine Differenzierung vorgenommen, d. h. jedes Kind, das kommt, egal aus welchem Elternhaus, könne sich etwas anschauen.
- Abschließend gibt Herr Bergmann bekannt, dass das Heizhaus am Theater wieder bespielt werden darf und welche Baumaßnahmen abgeschlossen werden konnten.

Bevor in der Tagesordnung weiter fortgefahren wird, teilt der Vorsitzende Herr Gumprecht mit, dass von TV Altenburg an ihn das Anliegen herangetragen worden ist, während der Sitzung des Kreistages Filmaufnahmen zu machen. Er habe darauf hingewiesen, dass Persönlichkeitsrechte zu wahren sind und Abstimmungsergebnisse nicht gefilmt werden dürfen. Wenn ein Mitglied des Kreistages nicht gefilmt werden möchte, so solle er dies anzeigen.

Die Zustimmung, dass Filmaufnahmen vorgenommen werden, wird von der Mehrheit der Mitglieder des Kreistages erteilt.

Herr Rückert zeigt sogleich an, dass er nicht gefilmt werden möchte.

TOP 3.1 Erste Ergebnisse der Sozialbefragung 2023

Frau Rößler, Sozialplanerin im Fachbereich 2, wird in den Sachverhalt einführen.

Für Herrn Dr. Rainer Vock vom IKPE, Institut für kommunale Planung und Entwicklung, aus Erfurt, wird einstimmig das Rederecht erteilt.

Frau Rößler informiert über die Finanzierung der Sozialbefragung und dass vom 21.08. bis 22.09.2023 eine Befragung der Bürgerinnen und Bürger des Landkreises durchgeführt wurde. Die erhobenen Daten werden Grundlage der Angebots- und Maßnahmenplanung in der Sozialstrategie richtlinie sowie des Landesprogramms „Solidarisches Zusammenleben“ und weiterer Fachplanungen sein.

Diese erste Vorstellung der Ergebnisse im Kreistag sei eine Auflage des Fördermittelgebers. Detailliertere Ergebnisse sollen Anfang 2024 im Ausschuss für Soziales und Gesundheit sowie im Beirat für Integrierte Sozialplanung und im Beirat für Migration und Integration vorgestellt werden.

Frau Rößler bittet, dass sich mit Fragen, die sich evtl. aus den heutigen Ausführungen ergeben, an den Sozialausschuss gewandt wird.

Herr Dr. Vock bedankt sich zunächst für die Möglichkeit, erste Ergebnisse vorstellen zu dürfen.

Anhand einer **Power-Point-Präsentation**, die im Kreistagsinformationssystem eingestellt ist informiert Herr Dr. Vock über die Erhebungsmethodik und über die Ergebnisse bei den verschiedenen Themenkomplexen. Im Besonderen wertet er die Antworten der Befragten im Rahmen der folgenden Themenkomplexe aus:

- Zusammenleben mit Kindern und deren Betreuung
- Gesundheitsversorgung im Landkreis
- Ehrenamtliches Engagement und Interessen an einer Beteiligung bei öffentlichen Planungen
- Lebenszufriedenheit und Verbundenheit mit dem Landkreis (und anderen Gebietseinheiten)

Der Vorsitzende Herr Gumprecht lässt die Möglichkeit zu, Fragen zu stellen.

Herr Zippel meldet sich zu Wort. Ihn interessiert, ob erhoben wurde, wo die Befragten wohnhaft sind, eher in der Stadt oder eher im ländlichen Raum.

Herr Dr. Vock bestätigt, dass dies die allererste Frage in dem Fragebogen gewesen sei. Es sei differenziert nach den einzelnen Gemeinden im Landkreis gefragt worden und die Daten könne dementsprechend auch zugeordnet werden.

Herr Schrade möchte wissen, ob es unter Wahrung des Datenschutzes auch regionalisierte Daten gibt, damit für das eigene Handeln vor Ort etwas abgeleitet werden kann. Besteht die Möglichkeit, diese Daten zu erhalten?

Zum Datenschutz führt Herr Dr. Vock aus, dass eine anonymisierte Befragung durchgeführt wurde, d. h. es bestehe keine Möglichkeit der Rückverfolgung der Angaben in der Erhebung auf einzelne Personen. Insofern könne die Auswertung für einzelne Bereiche erfolgen. Das Institut IKPE gebe die Auswertung bzw. die Daten an das Landratsamt ab. Es liege dann in der Verantwortung des Landratsamtes, wie mit den Daten umgegangen bzw. an wen diese weitergegeben werden.

Herr Tempel äußert, dass er eine etwas andere Erwartungshaltung hatte. Zur Auswahl der Fragen möchte er wissen, ob es Standardfragen waren oder ob auch geschaut wurde, in welcher Region das durchgeführt wurde. Das Altenburger Land werde ausgewiesen als eine Region mit erhöhtem Armutsrisiko durch geringe Einkommen und einem sehr hohen Altersdurchschnitt, so dass bei einer Sozialbefragung Fragen zur Vereinsamung im Alter, Armutsrisiko, gerade bei Familien mit Kindern, interessant gewesen wä-

ren. Wie kommt diese Fragensauswahl zustande? Warum sind solche gravierenden sozialen Frageschwerpunkte gar nicht enthalten? Wäre es nicht sinnvoll, wenn angegeben werden könnte, ob es sich um den ländlichen Raum oder den städtischen Raum handelt, damit das für die Arbeit im Kreistag auch verwertbar wird.

Herr Dr. Vock äußert, dass Strukturdaten erhoben wurden, deren Auswertung auch in die von Herrn Tempel angesprochene Richtung gehen, z. B. wurde das Einkommen erhoben. Auch Fragen zur Vereinsamung wurden gestellt. Insgesamt habe der Fragebogen ca. 50 Fragen beinhaltet. Es sei auf alle Fälle vorgesehen, dass die Datenbasis in dieser Richtung ausgewertet wird.

Frau Rößler ergänzt, dass die Auswertung nach regionalen Gesichtspunkten auch für die Verwaltung interessant sei. Die Verwaltung werde die Daten für die Verwaltungsgemeinschaften zusammenfassen – die Fragen zur Zufriedenheit oder die Fragen zur Gesundheitsversorgung seien in den ländlichen Regionen sicherlich anders als in der kompletten Auswertung.

Bei der Fragensauswahl habe die Verwaltung vor allem überlegt, worauf Einfluss genommen werden kann. Der Fragebogen sei bereits sehr umfangreich gewesen. Wenn jetzt noch Daten zum Thema Mobilität erfasst worden wären, wäre die Frage gewesen, was mit diesen Daten passiert. Es gebe die ThüSac, aber der Landkreis könne bezüglich Fördermittel wenig machen. Zum Thema soziale Teilhabe habe die Verwaltung vor, das mit anderen Befragungen zu verknüpfen, z. B. gebe es beim AGATHE-Projekt einen ausgiebigen Datensatz was z. B. Einsamkeit angeht.

Im Ausschuss für Soziales und Gesundheit soll die Auswertung zu einem späteren Zeitpunkt nochmals detaillierter vorgestellt werden.

Herrn Liefländer stelle sich die Frage, wie mit den Daten umgegangen werden soll. Gibt es einen „Fahrplan“ für die Zukunft? Wie werden die Daten ausgewertet? Welche Schlüsse werden aus den Daten gezogen? Wer macht das? Wird das in den Ausschüssen beraten?

Frau Rößler antwortet, dass die Daten auf jeden Fall in den Beirat für Integrierte Sozialplanung gegeben werden. Handlungsziele z. B. was die Armutsprävention angeht, sollen ausgearbeitet werden. Der Integrationsmanager Herr Strahlendorf wird die Daten ebenfalls für den Beirat für Integration und Migration erhalten. Verknüpfungen mit anderen Fachplanungen, z. B. mit dem Jugendförderplan, seien ebenfalls vorgesehen.

Frau Rolle hat eine Frage an Herrn Dr. Vock. Sie geht davon aus, dass Herr Dr. Vock ähnliche Sozialbefragungen bereits in anderen Kommunen und kreisfreien Städten durchgeführt hat. Sie würde interessieren, wie die Lage im Altenburger Land im Vergleich mit anderen Landkreisen zu bewerten ist.

Herr Dr. Vock habe eine sehr breite Erfahrung in empirischer Sozialforschung, aber es seien nicht immer Kommunen oder Städte, die untersucht wurden. Die Vergleichbarkeit liege eher in der Auswertung vergleichbarer Studien, die von anderen Instituten durchgeführt worden sind, z. B. sei eine große Studie einer Sozialbefragung in München durchgeführt worden. Die im Altenburger Land durchgeführte Studie sei aber noch nicht in der Tiefe erfolgt, so dass keine konkreten Aussagen getroffen werden können, wie die Vergleiche aussehen würden.

Wie Frau Rößler erwähnt hat, soll eine detaillierte Auswertung im Ausschuss für Soziales und Gesundheit erfolgen. Herr Plötner bittet, dass das Teil einer öffentlichen Einladung wird und dementsprechend die Öffentlichkeit Zugang zu dieser Befassung hat.

Des Weiteren verweist Herr Plötner auf die Ausführungen zur Gesundheitsversorgungszufriedenheit. In Landkreis-Trägerschaft gebe es ein Klinikum, welches einen unerlässlichen Beitrag zur Gesundheitsversorgung leistet. Er fragt, ob das in irgendeiner Form in der Auswertung ablesbar ist.

Diese Items wurden abgefragt, so Frau Rößler. Wenn jemand in der Nähe vom Klinikum wohnt, wird dieser sicherlich zufriedener sein als jemand, der nicht diesen Zugang hat. Deswegen werde sie sich anschauen, was die ländliche Auswertung in diesem Bereich ergibt.

Weitere Nachfragen werden nicht gestellt. Der Vorsitzende Herr Gumprecht bedankt sich bei Herrn Dr. Vock sowie bei Frau Rößler für die Ausführungen.

TOP 4 Verschiedenes

TOP 4.1 Anfragen aus dem Kreistag

Es werden keine Anfragen an den Landrat bzw. an die Verwaltung gerichtet.

TOP 4.2 Allgemeine Aussprache gem. § 11 a Geschäftsordnung des Kreistages

Eine Allgemeine Aussprache wurde nicht beantragt.

KT-DS/0293/2023

TOP 5 Feststellung des Konzernabschlusses der Klinikum Altenburger Land GmbH für das Geschäftsjahr 2022

Der Wunsch zur Erörterung der Vorlage wird von den Mitgliedern des Kreistages nicht angezeigt. An die Geschäftsführerin des Klinikums Frau Dr. Werner werden keine Fragen gerichtet.

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit hat die Zustimmung zur Beschlussfassung empfohlen, informiert Herr Prehl.

Der Kreisausschuss hat die Beschlussfassung ebenfalls einstimmig empfohlen, teilt Herr Bergmann mit.

Der Vorsitzende ruft zur Abstimmung auf und weist darauf hin, dass die Abstimmung zu den Punkten 1 und 2 und separat zu Punkt 3 erfolgt.

Bei der Abstimmung über Punkt 3 zeigen Herr Neumann, Herr Liefländer, Herr Prehl, Herr Oehler und Herr Hübschmann Befangenheit an.

Beschluss Nr. 180:

Der Kreistag des Landkreises Altenburger Land stimmt dem unter Gremienvorbehalt in der Gesellschafterversammlung der Klinikum Altenburger Land GmbH am 28.09.2023 gefassten Beschluss zum Konzernjahresabschluss für das Geschäftsjahr 2022 zu und beschließt:

1. den Konzernjahresabschluss mit folgendem Ergebnis festzustellen:

Konzernjahresüberschuss 2022	1.695.920,39 Euro
auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn	52.760,01 Euro
Konzerngewinn	1.643.160,38 Euro
2. die Geschäftsführung der Klinikum Altenburger Land GmbH zu entlasten,
3. den Aufsichtsrat der Klinikum Altenburger Land GmbH zu entlasten.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung über die Punkte 1 und 2 des Beschlussvorschlages 37 Mitglieder anwesend. Die Abstimmung erfolgte mit 37 Ja-Stimmen.

Bei der Abstimmung über den Punkt 3 des Beschlussvorschlages (Entlastung AR) waren 32 Mitglieder anwesend. Der Beschluss wurde mit 32 Ja-Stimmen gefasst.

KT-DS/0294/2023**TOP 6 Haushaltssatzung des Landkreises Altenburger Land für das Haushaltsjahr 2024**

Herr Bergmann führt in den Sachverhalt ein. Er betont, dass in den vorberatenden Ausschüssen hart gerungen wurde. Die Fraktionen werden sicherlich in ihren Statements genau die Punkte darlegen, die abgewogen werden mussten. Es sei keine Überraschung, dass der Haushalt nicht alle glücklich macht. Der Haushalt sei ein Kompromiss. Insgesamt haben sich alle sehr sachlich mit dem Haushalt befasst. Dafür bedankt sich Herr Bergmann bei allen.

Herr Senftleben von der AfD-Fraktion meldet sich zu Wort. Vor Beginn seiner Ausführungen weist er darauf hin, dass er nicht möchte, dass sein Redebeitrag gefilmt wird.

Zunächst richtet Herr Senftleben seinen Dank an die Verwaltung für die grandiose und gute Arbeit, die seit Jahren geleistet wird. Es sei nicht selbstverständlich, dass so eine tolle Arbeit in dieser guten Qualität gemacht wird.

Im Landkreis gebe es keine außergewöhnliche Notlage von regionaler Tragweite. Es mussten keine Schuldenbremsen gezogen und auch nicht gelöst werden. Was die Sondervermögen betrifft, die jetzt in aller Munde waren – ja, es gebe Trägerschaften und Beteiligungen. Der Kreistag stehe diesbezüglich auch in der Verantwortung. Besondere Sorgen bereite ihm das Krankenhaus, weil eine Krankenhaus-Reform anstehe und diese werde bedeutende Änderungen mit sich bringen. Ganz so gut sehe es bei den vorgelagerten Einheiten nicht aus, denn das Land und der Bund haben durchaus Haushaltsprobleme. Es gebe noch keine beschlossenen Haushalte, denn die Einnahmen und Ausgaben konnten noch nicht in Einklang gebracht werden.

Weiterhin bereiten ihm die allgemeinen Wachstumsprobleme, die es im Land gibt, Sorgen. Das Bruttosozialprodukt stagniere oder sei in einigen Quartalen gesunken. Die Arbeitsproduktivität bewege sich ebenfalls nicht. Dies sei für ein Hochtechnologie- bzw. Hochlohnland, wie es Deutschland ist, recht bedenklich.

Der Kreishaushalt habe wieder ein sehr hohes Volumen. Überproportional gestiegen seien die Ausgaben für Personal und auch die Sozialausgaben. Im Grunde genommen könne der Landkreis nicht allzu viel tun. Was getan werden kann ist, dass mit der raren Ressource Arbeitskraft entsprechend umgegangen wird. Es wurde eine schulübergreifende Sozialarbeit in Lucka und in Rositz auf den Weg gebracht. Dies sehe er als guten Ansatz.

Der Trend bei der Erhöhung des Personals konnte gestoppt werden, d. h. die Verwaltung habe mit ähnlich Personal wie im letzten Jahr geplant. Er möchte nicht „das Haar in der Suppe suchen“, aber er wisse nicht, ob der Klimaschutzbeauftragte so zweckmäßig ist. Alle pflichtigen Aufgaben werden erfüllt. Bei den freiwilligen Aufgaben habe es keine Kürzungen gegeben.

Die Investitionen gehen voran. Das Theater gehe voran. Das Lindenau-Museum konnte gestartet werden und auch die Baumaßnahme an der Burg Posterstein wurde gestartet. Was den Kohlefonds betrifft, so seien die Hürden recht hoch, um diese Gelder abzugreifen.

Bei der Kreisstraßenmeisterei musste eine Kürzung des Zuschusses vorgenommen werden, so dass möglicherweise ein Sanierungsstau bei den Kreisstraßen nicht zu vermeiden ist, aber es sei besser, in schwierigen Zeiten zu investieren als zu konsumieren.

Die Pflichtzuführung aus dem Verwaltungs-HH in den Vermögens-HH wurde auch erreicht. Die Gemeinden hatten Gelegenheit zur Stellungnahme, die nicht immer genutzt wurde. Ziel der Verhandlungen sei es gewesen, Anpassungen bei der Kreisumlage und bei der Schulumlage nach unten vorzunehmen.

Er empfehle die Annahme der HH-Satzung, da alle Aufgaben erfüllt werden können.

Seinen Redebeitrag schließt Herr Senftleben mit einem Zitat von Friedrich dem Großen ab: „Die Finanzwirtschaft beruht auf Pünktlichkeit in den Einnahmen und auf Ordnung in den Ausgaben.“

Als nächstes äußert sich Herr Liefländer, Vorsitzender der Fraktion DIE REGIONALEN.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund habe festgestellt, dass das Finanzierungsdefizit der Kommunen auf 7,3 Millionen Euro gewachsen ist. Der Investitionsrückstau betrage insgesamt 166 Milliarden Euro. Davon entfallen auf die Straßen 38,8 Milliarden, auf die Schulen 47,4 Milliarden und auf die Kitas 12 Milliarden. Demgegenüber sei das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner seit 2011 um 29 Prozent gestiegen. Man fragt sich, wo das Geld geblieben ist, so Herr Liefländer. „Hier jedenfalls nicht.“

Der Landkreis habe mit einem Haushalt zu kämpfen, der erhebliche Mehraufwüchse aufzuweisen hat. Dazu gehören die Tarifabschlüsse, die Sozialleistungen und die Aufwendung für die Digitalisierung der Verwaltung – hohe Positionen, die allerdings nicht nur der Kreis, sondern auch die Kommunen zu tragen haben. Die Decke sei nach wie vor viel zu kurz. „Wir sind nicht ordentlich ausfinanziert.“

Er habe in diesem Jahr eine sehr positive Tendenz festgestellt. Dafür richtet Herr Liefländer seinen Dank an die Verwaltung, besonders an Herrn Heiner. Es sei das erste Mal das Bestreben erkennbar gewesen, dass der Landkreis von seiner Politik, die HH-Ansätze mit Sicherheitspolstern zu versehen, abgerückt ist. Insofern halte er es nicht vertretbar, noch weitere Kürzungen vorzunehmen.

Herr Heiner habe in den vorberatenden Ausschüssen deutlich gemacht, dass im Haushalt ca. 5 Millionen Euro Unsicherheit enthalten sind. Mit dieser Unsicherheit müsse man leben, aber auch die Kommunen müssen mit dieser Unsicherheit leben.

Er glaube, dass der Landkreis in diesem Jahr an einem Punkt angekommen ist, wo es aus seiner Sicht nicht vertretbar wäre, die HH-Ansätze noch weiter zu reduzieren. Es sei auch zu sehen, dass die Kreisumlage eigentlich nur geringfügig gestiegen ist, nämlich um 0,58 Prozent gegenüber dem letzten HH. Dass sie absolut so viel höher ausfällt, liege an der veränderten Leistungsfähigkeit der Kommunen. Diese sehr geringe Steigerung im Verhältnis zu dem, was der Landkreis an Mehraufwendungen hatte, zeige, dass es sich um einen Sparhaushalt handelt.

Der Fraktion DIE REGIONALEN sei es besonders wichtig, dass im Haushalt die zweite Stufe des Projektes „Regionalverkehr verbindet“ enthalten ist. Man habe sich den Ausbau des Regionalverkehrs auf die Fahne geschrieben und dieser HH-Ansatz sei für seine Fraktion unabdingbare Voraussetzung, um diesem HH zustimmen. Weil der Ansatz enthalten ist und weil insgesamt davon ausgegangen wird, dass der Haushalt, so wie er aufgestellt ist, gerade noch auskömmlich ist, werde die Fraktion DIE REGIONALEN dem Haushalt zustimmen. Er hoffe auch, dass der nachfolgende Beschluss zur Umsetzung der 2. Stufe des Projektes „Regionalverkehr verbindet“ mit großer Mehrheit durchgeht, damit die 2. Stufe auf den Weg gebracht werden kann.

Herr Tempel, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, erhält das Wort. Er habe eine enorm schwierige Situation in den HH-Verhandlungen und eine sehr sachliche Debatte erlebt. In den Reihen der Fraktion DIE LINKE gebe es eine sehr breite Übereinstimmung darin, dass die Finanzierung der Kommunen nicht mehr auskömmlich ist und dass viele Aufgaben an

die Kommunen vom Bund und vom Land übertragen werden, die nicht auskömmlich finanziert sind. Insbesondere betreffe dies Entscheidungen auf Bundesebene, was soziale Ausgaben, was Regelsätze, was den Personenkreis betrifft – notwendige Entscheidungen, die er auch mittragen würde, wenn sich die Finanzierung entsprechend bei den Kommunen wiederfinden lassen würde.

Umgangssprachlich gebe es das Sprichwort „Wer bestellt bezahlt auch“. Das sei in der Verschiebung der Finanzlast, der Aufgabenlast seit vielen Jahren nicht gewährleistet. Die Problemlage sei klar, aber der echte Gestaltungswille sei relativ dünn.

Er habe von den anderen Fraktionen nicht mitbekommen, was im Haushalt tatsächlich enthalten sein soll. Er habe nur gehört, was gekürzt werden soll oder ob diese oder jene Ausgabe tatsächlich notwendig ist.

Herr Liefländer hatte bereits einen Punkt genannt – die Fortentwicklung des ÖPNV. Dies werde als Notwendigkeit für die weitere Entwicklung des Landkreises betrachtet. Das Altenburger Land sei als einkommensschwächste Region ausgewiesen. Damit müsse sich kritisch auseinandergesetzt werden, d. h. Städte, Gemeinden und Landkreis müssen ihre Hausaufgaben machen und das gemeinsam verbessern. Jeder habe dabei seine Prioritäten und Schwerpunkte. Die Infrastruktur gehöre dazu. Deshalb werbe er auch für den weiteren Ausbau des ÖPNV-Netzes.

Irritierend sei gewesen, dass der TOP – Umsetzung der 2. Stufe des Pilotprojektes „Regionalverkehr verbindet“ – nach der HH-Diskussion auf der TO steht. Aufgrund des Abstimmungsverhaltens in den vorberatenden Ausschüssen habe er aber keine Veranlassung gesehen, den Antrag zu stellen, diesen TOP vorzuziehen. Er vertraue den Ausschussmitgliedern, dass seriös und anständig miteinander umgegangen wird. Deshalb habe er den Änderungsantrag nicht gestellt.

Seiner Fraktion seien aber auch noch andere Themen wichtig gewesen, ohne die dem Haushalt nicht zugestimmt worden wäre, z. B. die weitere Entwicklung der Schulsozialarbeit. Die Kürzungsvorschläge habe sich seine Fraktion genau angeschaut, z. B. im Sozialbereich. Es handele sich aber um eine Kürzung der Prognose, ein erhöhtes Risiko für den Landkreis und um keine tatsächliche Leistungskürzung. Diese hätte seine Fraktion nicht mitgetragen. Das Risiko müsse gemeinsam getragen werden. Ebenso betreffe das die Kürzung des Zuschusses in Höhe von 400 TEuro für die Kreisstraßenmeisterei. Es sei nicht einfach, dieses Geld einzusparen und es bestehe zudem das Risiko, dass im nächsten HH diese 400 TEuro doch noch bezahlt werden müssen, d. h. das Gesamtrisiko betrage für den kommenden HH insgesamt 800 TEuro.

Die Überschüsse, die der Landkreis in den letzten Jahren hatte – er glaube, dass diese Puffer kleiner geworden sind und dass an die Schmerzgrenze gegangen worden ist.

Seine Fraktion habe auch Wünsche gehabt, die am Schluss aber gar nicht mehr beantragt worden sind. Seine Fraktion hätte sehr gern noch einmal einen Antrag zum Thema Schulessen eingebracht. Dieses Thema liege seiner Fraktion am Herzen. Im Gegensatz zu anderen, werde eine Bedürftigkeit und ein hoher Bedarf gerade bei den Alleinerziehenden gesehen. Familien mit Kindern haben sich nur zu 30 % an dieser Sozialbefragung beteiligt. Er wisse, dass der Anteil höher ist. Das sollte zu denken geben und das spreche für Resignation.

Er sei sehr gespannt, wie in den kommenden HH-Diskussionen mit dem Thema Sozialbefragung und den Ergebnissen umgegangen wird.

Die Fraktion DIE LINKE werde dem Haushalt „mit Bauchschmerzen“ mehrheitlich zustimmen.

Herr Paulicks, Vorsitzender der SPD/Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion, erhält das Wort. Er bedankt sich für die gemeinsam geführten Verhandlungen, wie das auch in den letzten Jahren schon der Fall war. Die Bedenken und Einwände seiner Fraktion möchte er nachfolgend erläutern.

Leider müsse er verkünden, dass seine Fraktion dem HH-Plan in der aktuellen Form nicht zustimmen wird.

Der geplante Kreisumlagesatz in Höhe von über 41 Prozent sei für ihn inakzeptabel. Man könne nicht tatenlos zusehen, wie dieser hohe Satz die Gemeinden in unserer Region finanziell erdrückt. Sollte der Landkreis nicht einschneidend sparen, drohe das Erlöschen der Lichter in vielen Gemeinden. Es sei unmöglich, von den Bürgern noch mehr Steuern und Gebühren zu verlangen oder die ohnehin knappen freiwilligen Leistungen weiter einzustellen. Er weist darauf hin, dass der Landkreis in den vergangenen Jahren stets Überschüsse erwirtschaftet hat, obwohl lt. Kämmerei der Haushalt jedes Jahr „auf Kante genäht“ ist. Daher sei man davon überzeugt, dass der Haushalt 2024 anders gestaltet werden muss. Seine Fraktion fordere nachdrücklich die Überarbeitung des HH-Planes mit klarem Focus auf Einsparungen im Verwaltungs-HH. Diese Einsparungen seien notwendig, um wichtige Projekte wie den Ausbau den ÖPNV zu schützen, den seine Fraktion auch unterstützen wird. Es sei unumgänglich, dass der Landkreis nachbessert und der Haushalt in die Ausschüsse zurückverwiesen wird. Die finanzielle Sicherheit und das Wohl der Bürgerinnen und Bürger unseres Landkreises dürfe nicht aufs Spiel gesetzt werden. Eine globale Minderausgabe im Kreishaushalt in Höhe von einer Million Euro erscheine seiner Fraktion als eine mögliche Lösung insbesondere vor dem Hintergrund der notwendigen Deckelung des Kreisumlagesatzes auf 40 Prozent, der dann immer noch vom Prozentsatz her über dem vom letzten Jahr liege.

Über diese Themen sollte in den Ausschusssitzungen intensiv beraten werden. Es müsse auch auf die Tatsache hingewiesen werden, dass die finanzielle Lage der Gemeinden nicht realistisch dargestellt wird. Prognosen und insbesondere die jetzt bekannten Kostensteigerungen bei den Gemeinden werden völlig ignoriert. Die Berechnung der dauernden Leistungsfähigkeit der Gemeinden basiere auf alten Daten und die Übersicht dazu stelle lediglich den Planungsstand der HH-Pläne 2023 dar. Das ergebe keine belastbare Prognose und die finanzielle Entwicklung der Gemeinden werde geschönt dargestellt. In Summe gehen die Kommunen für das Jahr 2024 von einem Überschuss in Höhe von 1,9 Millionen Euro aus. Lt. aktuellem Entwurf steige die Kreisumlage um 3,1 Millionen Euro. Damit könne bereits jetzt von einem Defizit ausgegangen werden, wenn die zur Berechnung herangezogenen Werte betrachtet werden. Ein beschlossener HH sei zweifellos wichtig für den Landkreis, um den eigenen Wirkungskreis gestalten zu können. Doch der vorliegende Entwurf berücksichtige nicht die schwierige Lage der kreisangehörigen Kommunen, im Gegenteil, diese werde beschönigt.

Dem Landrat sei es bisher nicht gelungen, einen angemessenen Interessenausgleich zwischen der finanziellen Situation der Kommunen und des Landkreises zu finden. Mit dem Haushalt und der Kreisumlage wachse die Gefahr der Schließung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge in den Kommunen deutlich und existenziell. „Vor Ort ist die Zitrone schon trockengequetscht.“ Kommunen müssen dies teuer bezahlen, wenn sie Gebühren, Beiträge und Steuern erhöhen. An Investitionen sei in den Kommunen gar nicht mehr zu denken. Selbst mit Fördermitteln können die Eigenmittel nicht mehr aufgebracht werden. Am Ende werde an die Vernunft und an das Verantwortungsbewusstsein aller Mitglieder des Kreistages appelliert. Oft sind diese auch Mitglieder der Stadt- oder der Gemeinderäte oder auch Bürgermeister. Beispielhaft nennt Herr Paulicks einige Gemeinden – Treben: 46 TEuro mehr Kreisumlage, Stadt Altenburg: 864 TEuro mehr, Stadt Schmölln: 451 TEuro mehr, Stadt Lucka: 223 TEuro mehr, Löbichau: 128 TEuro mehr, Ponitz: 195 TEuro mehr. Diese Bürgermeister müssen dem Bürger dann erklären, dass im Kreistag für den Haushalt gestimmt wurde und dafür die Kommune weniger Mittel zur Verfügung hat.

Herr Paulicks stellt folgenden **Geschäftsordnungsantrag** gemäß § 16 Abs. 1 GO: **Verweis des Haushaltes zurück in die Ausschüsse.**

Als nächstes ergreift Herr Zippel, Vorsitzender der CDU/FDP-Fraktion, das Wort. „Was für ein Ringen um einen Haushalt.“ Es sei jedes Jahr schwer, aber dieses Jahr sei es noch schwerer gewesen als die Jahre davor. Es sei der Begriff „Sparhaushalt“ genannt worden. Er würde es „Hoffnungshaushalt“ nennen. Es habe selten so schwere Rahmenbedingungen gegeben, einen Haushalt aufzustellen. Die Rahmenbedingungen auf der Bundesebene seien bekannt. Er könne sagen, dass die Finanzlage auf der Landesebene nicht sehr viel besser ist. Ein strukturelles Defizit in Höhe von einer Milliarde im Landes-HH im nächsten Jahr spreche für sich.

Herr Zippel dankt Herrn Heiner und dem gesamten Team für die intensive und gute Beratung in den Ausschüssen als auch für die jederzeit Ansprechbarkeit bei Nachfragen.

Er habe schon eine ganze Reihe gehört wie die Ausgabensituation aussieht; es gebe einen Personalanstieg, der tariflich geboten ist. Es gebe einen großen Anstieg bei den Sozialausgaben. Nichtsdestotrotz stünden im Haushalt eine ganze Reihe von notwendigen Investitionen, auch wenn man sich infrastrukturell noch mehr wünschen würde.

Es sei aber auch klar und deutlich geworden, dass man schlichtweg „an der Kante ist“. Das sehe man daran, dass bei den letzten Schritten eine Reduzierung bei Ansätzen von Pflichtaufgaben im Sozialbereich vorgenommen worden ist.

Der Landkreis sei mit dem Sparen an der Grenze. Bei einem Haushalt, der 98 % Pflichtaufgaben beinhaltet, falle es ihm schwer sich vorzustellen, wo eine 40 %ige Kreisumlage gegenfinanziert werden soll. Der Vorschlag könne gern gemacht werden, aber dann hätte er sich auch auf sachbezogener politischer Ebene ein paar Vorschläge gewünscht und nicht die Aussage, dass der Haushalt in die Ausschüsse zurückgeschoben wird. Es gehe um eine Größenordnung, die man sich nicht „aus den Fingern“ saugen kann, sondern er hätte erwartet, dass man mit einem Vorschlag um die Ecke kommt. Von daher könne er diesen Vorschlag nur als sachfremd zusammenfassen und als Utopie betiteln. Wenn Herr Paulicks von einer Million globaler Minderausgabe spricht – abgesehen davon, dass es dafür keine Rechtsgrundlage auf kommunaler Ebene gibt – sei für ihn die Fragestellung, wo diese eine Million hergeholt werden soll. Bei den Pflichtaufgaben gehe dies nicht. Herr Paulicks verkenne, dass man nicht auf der Bundes- oder Landesebene arbeite, wo mit einer globalen Minderausgabe eines Einzelhaushaltes etwas gemacht werden kann, wo es einen „Bodensatz“ gibt. Diesen „Bodensatz“ gebe es im kommunalen Haushalt nicht. Diese Vorstellung sei schön und utopisch, aber schlichtweg nicht umsetzbar.

Das eigentliche Problem sei das Einnahmeproblem. Es gebe kein Ausgabeproblem. Das Land finanziere die Kommunen nicht ausreichend. Wenn dann auch noch Aufgaben, die an die Kommunen übertragen werden, auch nicht zu 100 Prozent gegenfinanziert sind, sondern immer kleine Beträge übrigbleiben, z. B. beim beitragsfreien Kita-Jahr, dann sei das etwas, was die kommunale Ebene auf Dauer finanziell ausbluten lässt. Dieses nicht ausreichende Durchfinanzieren von übertragenen Aufgaben baden die Kommunen letzten Endes über die Kreisumlage aus. Das Problem könne aber nicht im Kreistag gelöst werden, es sei ein strukturelles Problem und egal ob Bürgermeister oder nicht, dass mit dieser Höhe der Kreisumlage niemand glücklich ist, sei vollkommen klar. Es haben alle gemeinschaftlich daran gearbeitet, dass die Kreisumlage niedrig ist und trotzdem haben die Mitglieder des Kreistages die Aufgabe, diesen Landkreis, für den die KTM gewählt worden ist, auch handlungsfähig zu halten. Er sei dankbar, dass nach einem zähen Ringen in den letzten Wochen und Monaten ein gutes und ausgewogenes Ergebnis erzielt werden konnte.

Herr Zippel unterbreitet Herrn Paulicks das Angebot, die Telefonnummer der Finanzministerin Taubert weiterzugeben. Das sei diejenige, die Herrn Paulicks's Vorschlag am ehesten umsetzen kann. Vor Ort könne dies nicht getan werden.

Die CDU/FDP-Fraktion werbe für die Zustimmung zum Haushalt. Es sei wichtig, dass der Landkreis ab 1.1.2024 handlungsfähig ist. Das sei ein wichtiges Gut. Bei den vielen Unsicherheiten werde es sicherlich nicht ohne einen Nachtrags-HH in irgendeiner Art und Weise gehen, aber die Handlungsfähigkeit ab 1.1.2024 sei essentiell für infrastrukturelle

Maßnahmen oder für Sozialmaßnahmen usw. Er hoffe, dass alle Pläne und Ansätze und Annahmen im Haushalt aufgehen und das am Ende des Tages doch noch Geld aus Frau Tauberts Tasche fällt.

Herr Rückert, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER, äußert, dass die Rede von Herrn Liefländer in etwa das treffe, was sich auch seine Fraktion mit Blick in den Haushalt vorgestellt hat. Bei kleinen Nuancen weiche seine Fraktion ab. Es gebe immer ein kleines Fragezeichen bei der Sinnhaftigkeit der Schulsozialarbeit. Von daher sei es auch ein Kompromisshaushalt, den seine Fraktion mitträgt.

Es seien auch noch andere Positionen im Haushalt aufgeführt, die zur Betroffenheit führen, z. B. stehe noch eine Klage zur Spitzkostenabrechnung aus. Es gebe Positionen, die nicht ordentlich hinterlegt sind, weil ältere Aussagen der Landesregierung vorliegen. Diesbezüglich sei mit Vorsicht durch die Kämmerei gegengearbeitet worden. Er glaube, dass es tatsächlich keinen Spielraum mehr gibt. Von daher sei es ein Haushalt, der aus Sicht seiner Fraktion „auf Kante“ genäht ist, aber der funktional ist und der auch eine Planungssicherheit gibt, wenn er heute beschlossen wird, wofür er plädiere.

Man sei konfrontiert mit steigenden Sozialleistungen, mit Tarifsteigerungen – alles das habe man sich nicht selbst ausgesucht. Daran sei man gebunden.

An Herrn Paulicks gewandt zum Thema „die Gemeinden entlasten“, äußert Herr Rückert, dass bekannt ist, aus welchen Positionen die Steuerkraftmesszahl addiert wird. Auch das habe sich niemand in der Verwaltung ausgedacht.

Herr Paulicks spreche eine globale Minderausgabe an. Das sei schnell in den Raum geworfen, aber er hätte das gern mit konkreten Positionen hinterlegt. Herr Paulicks solle den Bürgern erklären, wo gespart werden soll. Er sehe in diesem Haushalt kein Einsparpotential.

Abschließend bedankt sich Herr Rückert bei der Kämmerei für die hervorragende Arbeit. Es sei ein konservativer solider Haushalt, der diesen beengten Rahmenbedingungen durchaus entspricht und deswegen plädiere seine Fraktion für die Annahme.

Herr Rosenfeld von der SPD/Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion meldet sich zu Wort. Er stimmt Herrn Landtagsabgeordneten Zippel ausdrücklich zu, dass dieser Haushalt ein Einnahmeproblem hat. Er habe gehört, dass die Haushaltsverhandlungen und der Erfolg des Haushaltes im Land auch von der CDU abhängen. Es sei auch vorgesehen, dass die Kommunen mehr Geld erhalten sollen. Vor diesem Hintergrund spreche viel dafür, dass abgewartet wird, wie erfolgreich der Landtagsabgeordnete Zippel und der Landtagsabgeordnete Plötner in Erfurt sein werden, um die Kommunen besser auszustatten und dass erst dann der Landkreis-Haushalt beschlossen wird. Wenn sich dieser Erfolg sehr schnell einstellt, könne gern vor Weihnachten noch eine Sondersitzung des Kreistages gemacht werden, damit der Landkreis-Haushalt noch schnell beschlossen werden kann.

Weitere Wortmeldungen werden nicht angezeigt.

Der Vorsitzende Herr Gumprecht verweist auf den vorliegenden **Geschäftsordnungsantrag: Verweis des TOP** „Haushaltssatzung des Landkreises Altenburger Land für das Haushaltsjahr 2024“ **zurück in die Ausschüsse**.

Der Vorsitzende bittet um **Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag**.

Bei der Abstimmung sind 36 Mitglieder des Kreistages anwesend. **Der GO-Antrag wird mit 8 Ja-Stimmen und 28 Nein-Stimmen abgelehnt.**

Im Folgenden bittet der Vorsitzende um die Bekanntgabe der Beschlussempfehlungen der Ausschüsse.

Der Vorsitzende des JHA, Herr Tanzmann, teilt mit, dass die Vorlage mit 7 Ja-Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen zur Beschlussfassung empfohlen wurde.

Herr Zippel, Vorsitzender des Ausschusses für SKSpA, gibt bekannt, dass die Vorlage mit 2 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen zur Beschlussfassung empfohlen wurde.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau habe die Vorlage mit 3 Ja-Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen zur Beschlussfassung empfohlen, berichtet Ausschussvorsitzender Herr Kühn.

Herr Rosenfeld, stellv. Vorsitzender des FA, teilt mit, dass die KT-Drucksache (nach seinen Aufzeichnungen) mit 5 Ja-Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen zur Beschlussfassung empfohlen wurde.

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit habe die Vorlage mit 7 Ja-Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen zur Beschlussfassung empfohlen, informiert der Ausschussvorsitzende Herr Prehl.

Der Kreisausschuss votiere mit 6 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme für die Beschlussfassung, teilt Herr Bergmann mit.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 181:

Der Kreistag des Landkreises Altenburger Land beschließt die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 36 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 25 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen gefasst.

KT-DS/0295/2023

TOP 7 Finanzplan des Landkreises Altenburger Land für die Jahre 2023 bis 2027

Erläuterungen der KT-Drucksache werden nicht gewünscht.

Der Vorsitzende Herr Gumprecht bittet um die Bekanntgabe der Beschlussempfehlungen der Ausschüsse.

Der Vorsitzende des JHA, Herr Tanzmann, teilt mit, dass die Vorlage mit 7 Ja-Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen zur Beschlussfassung empfohlen wurde.

Herr Zippel, Vorsitzender des Ausschusses für SKSpA, gibt bekannt, dass die Vorlage mit 2 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen nicht zur Beschlussfassung empfohlen wurde.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau habe die Vorlage mit 3 Ja-Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen zur Beschlussfassung empfohlen, berichtet Ausschussvorsitzender Herr Kühn.

Herr Rosenfeld, stellv. Vorsitzender des FA, teilt mit, dass die KT-Drucksache mit 6 Ja-Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen zur Beschlussfassung empfohlen wurde.

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit habe die Vorlage mit 7 Ja-Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen zur Beschlussfassung empfohlen, informiert der Ausschussvorsitzende Herr Prehl.

Der Kreisausschuss habe die KT-Drucksache mit 6 Ja-Stimmen bei einer Stimmenthaltung zur Beschlussfassung, teilt Herr Bergmann mit.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 182:

Der Kreistag des Landkreises Altenburger Land beschließt der Finanzplan für die Finanzplanjahre 2023 bis 2027.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 36 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 22 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen gefasst.

Der Vorsitzende bedankt sich nach der Beschlussfassung ebenfalls bei Herrn Heiner, Leiter des Fachdienstes Finanzen, für dessen Arbeit. Er habe in den letzten Wochen jeden Ausschuss wahrgenommen und über den Sachstand zum Haushalt berichtet.

Ebenfalls weist Herr Gumprecht darauf hin, dass die erwähnte „globale Minderausgabe“ eine Begrifflichkeit ist, die aus der Landespolitik komme. Für Kommunen sei so etwas unzulässig. Wäre dies beschlossen worden, hätte der Landrat den Beschluss beanstanden müssen.

KT-DS/0296/2023

TOP 8 Umsetzung der 2. Stufe des Pilot- und Planungsprojektes "Regionalverkehr verbindet-Mobilität für das Altenburger Land"

Der Vorsitzende fragt, ob seitens der Fraktionen der Wunsch besteht, sich zum Sachverhalt zu äußern.

Herr Tempel meldet sich zu Wort. Es sei ein enorm wichtiges Thema. In der Vergangenheit habe es Debatten zum Thema gegeben, welche Effekte das hätte und kann man sich die Investition zu dem jetzigen Zeitpunkt leisten. Er habe auch Verständnis dafür, dass auch Bürgermeister schauen müssen, wie sie ihre Stadt oder Gemeinde weiterentwickeln und dass dazu auch eine Investitionskraft notwendig ist. Es gebe aber Aufgaben für die Landkreise und es gebe Synergieeffekte, die über die Stadt- und Gemeindegrenzen hinausgetragen werden müssen, um eine Region voranzubringen. Infrastruktur gehöre zu den Standortfaktoren und es sei immens wichtig. Es liege eine Thematik vor, die viele Aspekte hat – der wirtschaftliche Aspekt, der soziale Aspekt. Es werde von einer Verkehrswende im Land geredet, die im ländlichen Raum zu erheblichen Problemen führt. Autofahren werde immer teurer. Es gebe zwar Alternativen, die vom Staat zur Verfügung gestellt werden, aber um diese Alternativen, wie z. B. das 49-Euro-Ticket nutzen zu können, müsse auch ein Mobilitätsnetz zur Verfügung stehen.

In anderen Bereichen werde über Vereinsamung gesprochen. Auch das sei ein Thema, die soziale Teilhabe über Mobilität gewährleisten zu können. Es sei eine Frage, ob Menschen ihren Lebensmittelpunkt überhaupt noch hier suchen können. Insofern sei es ein sehr vielschichtiges Problem. Heute soll erst die Phase 2 beschlossen werden. Wenn er sich anschaut, wie schwer man sich getan hat, diese 2. Stufe in die Gänge zu bringen, dann wisse er auch, dass es noch eine Region im Süden des LK gibt, die noch nicht erhalten ist. Auch da gebe es dieselbe Problemlage; auch diese Region dürfe nicht abgehängt werden, wenn sich der Landkreis innovativ und nach vorne gewandt aufstellen will. Wenn der Landkreis nicht die „rote Laterne“ bei den einkommensschwachen Kommunen beibehalten will, müsse sich Gedanken gemacht werden, welche Faktoren im Landkreis verbessert werden können. Das seien nicht nur Kultur, Theater und Lindenau-Museum, sondern das seien auch andere Standortfaktoren. Er hoffe, dass sich zeitnah mit der Phase 3 beschäftigt wird.

Er habe die Erfahrung gemacht, dass das Thema Rufbus sehr gut funktioniert und sehr gut ankommt. Es stelle sich beispielhaft die Frage, ob 19:30 Uhr noch eine Buslinie vom Bahnhof Gößnitz fahren muss oder könnte z. B. das Element Rufbus in das Konzept aufgenommen werden. Also gebe es Einsparpotenziale. Er sei schon etwas irritiert gewesen, dass die Aussage kam, dass es gar keine Einsparpotenziale gibt. Er sei aber auch kein Fachexperte. Daher nehme er das so hin. In der Weiterentwicklung bzw. in der Fortschreibung sollte aber genau hingeschaut werden, wo im bestehenden Netz Linien ersetzt und z. B. das Element Rufbus eingesetzt werden kann. Er hoffe, dass aus der Hängepartie der Stufe 2 etwas gelernt wurde und zeitnah in die Diskussion eingestiegen wird, wo die Einsparpotentiale sind und wo die Effizienz zu verbessern ist.

Sein Vorschlag sei daher, in die Beratungen der Stufe 3 zügig im neuen Jahr einzusteigen.

Herr Liefländer äußert, dass der Landkreis eine soziale Verantwortung wahrzunehmen habe. Diese soziale Verantwortung liege darin, die Bürger zu vernetzen. Das Altenburger Land sei zwar ein kleiner Landkreis, aber ein Flächenlandkreis. In einem Flächenlandkreis müsse auch Sorge dafür getragen werden, dass Sozialschwächere oder ältere Mitbürger oder andere, die darauf angewiesen sind, mit dem regionalen Nahverkehr auch dahinkommen, wo sie hinwollen, nämlich z. B. zu den Kultureinrichtungen, die im Zentrum des Landkreises vereint sind. Insofern halte er es für unabdingbar, den regionalen Nahverkehr auszubauen. Der Ausbau scheine ein Erfolgsmodell zu sein. Es werden Erhebungen zur Entwicklung der Fahrgastzahlen vorgenommen und sowohl der Rufbusverkehr als auch ansonsten die Umstellung in der Nordregion seien von der Bevölkerung sehr gut angenommen worden. Das bedeutet, es bestehe ein echter Bedarf daran, den regionalen Nahverkehr auszubauen.

Des Weiteren habe man eine Energiewende vor uns. Zur Energiewende gehöre, dass den Bürgern erst einmal ein Angebot gemacht wird. Wenn es nach ihm ginge, müsste das Deutschland-Ticket nicht 49 Euro kosten, sondern es müsste kostenfrei sein. Leider könne das nicht finanziert werden. Der richtige Weg wäre es, den Bürgern den Personennahverkehr so preiswert und so umfassend wie möglich zur Verfügung zu stellen. Das würde auch viele andere Probleme lösen, z. B. Verkehrsprobleme. Soweit sei man noch nicht. Ein erster Schritt, den alle zusammen machen sollten und können, ist, dass an dem Konzept zum Umbau des Nahverkehrs zusammengearbeitet wird.

Herr Paulicks führt aus, dass seine Fraktion daran interessiert ist, dass sich die 2. Stufe in Bewegung setzt. Er wisse, dass es in der Nordregion sehr gut angenommen wird, gerade die Rufbusse. Ganz wichtig sei, was für die zweite Stufe gebraucht wird und dass sich die Entwicklung der 2. Stufe angeschaut wird, bevor mit der 3. Stufe begonnen wird. Bei der Nordregion liegen bald belastbare Zahlen für das ganze Jahr vor. Es müsse auch

viel Werbung betrieben werden, damit es von den Bürgern angenommen wird und die Bürger auch wissen, dass es diese Möglichkeit gibt, z. B. den Rufbus.

Dann werde sicherlich auch die 3. Stufe in der Diskussion stehen. Dann müsse auch darüber nachgedacht werden, wenn es an manchen Stellen nicht hundert Prozent „rund gelaufen“ ist, dass es nicht einfach durchgezogen wird. Sondern es müsse geschaut werden, ob nicht an irgendeiner Stelle Änderungen vorgenommen werden können.

Die SPD/Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion werde mehrheitlich dieser Umsetzung der 2. Stufe zustimmen können und Herr Paulicks hofft, dass diese 2. Stufe viel Erfolg haben wird.

Als nächstes spricht Herr Senftleben. Er stellt zunächst die Frage, wie alle angereist sind. Der Parkplatz sei voll, so seine Feststellung.

Beim ÖPNV handele es sich um eine Pflichtaufgabe der kommunalen Selbstverwaltung. Die Frage sei nicht, ob ein ÖPNV stattfindet, sondern wie viel ÖPNV stattfinden soll. Er habe in den vergangenen Sitzungen den Eindruck gehabt, dass sich mit den Entscheidungen sehr schwer getan wurde. Es konnte sicherlich nicht jeder restlos überzeugt werden. Die Verkehrsplaner haben sich sehr viel Mühe gegeben und „Bausteine“ entwickelt. Der Rufbus sei bereits Realität geworden. Das sei alles sehr schön und ein guter Plan, aber er denke, dass die Kosten nicht genügend betrachtet wurden.

Die 1. Stufe sei auf den Weg gebracht worden. Bei der 2. Stufe habe man sich schon wesentlich schwerer getan; der Kreistag habe auch mit Beschluss Nr. 127 vom 8. Februar 2023 Auflagen erteilt.

Neben einer Evaluierung – dabei müsse er fragen, ob es das richtige Format ist, wenn es die Geschäftsführerin selbst macht – seien auch Hausaufgaben bezüglich Einsparpotenzialen erteilt worden. Leider sei diesbezüglich auch nichts vorgelegt worden.

Ganz grundsätzlich sei festzustellen, dass das Verhältnis zwischen Aufwand und Nutzen (Fahrgastzahlen) immer geringer wird, wenn mit dem ÖPNV in die Fläche gegangen wird. Es werde ein sehr großes Angebot gemacht, von dem letztlich niemand richtig wissen kann, ob dieses Angebot auch auf die entsprechende Nachfrage trifft. Er habe diverse Studien gelesen, dass in ländlichen Regionen bis ca. 80 Prozent die Mobilität individuell über die Bühne geht. Die Menschen haben Mobilitätsgewohnheiten entwickelt – Notwendigkeiten. Die individuelle Mobilität ist in den Augen von Herrn Senftleben ein Stück Freiheit zur Teilhabe. Ohne Mobilität gehe es nicht.

Es gebe die Betriebskostenzuschüsse, die sich mehr als verdoppeln werden, wenn dann die 3. Stufe abgerufen werden wird – 3,5 Millionen zu 7,45 Millionen im Jahr 2026. Die Frage sei, ob es dafür einen adäquaten Mehrwert gibt. Woher soll das Geld kommen? Heute wurde zum wiederholten Male über die Kreisumlage gesprochen.

Er plädiere dafür, dass der ÖPNV nicht separat gesehen wird, sondern eine Gewichtung der Gesamtinteressen gesehen werden sollte. Seine Fraktion tue sich sehr schwer mit einer Empfehlung für diese Vorlage. Wenn nicht noch irgendein Kompromissvorschlag kommt, würde sich seine Fraktion enthalten wollen.

Herr Rückert ergreift das Wort und knüpft an die Ausführungen an Herrn Senftleben an. Evaluierung – warum durch die Geschäftsführung der ThüSac? Es werde über Kosteneinsparung gesprochen. Soll extern noch jemand beauftragt werden, der die Evaluierung durchführt? Er möchte dies nicht. Auch der Landrat informiere regelmäßig und im Übrigen sei die ThüSac auch in Trägerschaft des Landkreises und werde kontrolliert, entlastet usw. Er denke, dass die Diskussion an der Stelle beendet werden kann, ob die Evaluierung an jemand Externen gegeben werden soll oder diese in den Händen gelassen wird, die tagtäglich damit arbeiten und über jede Zahl informieren können.

Wenn die digitale Infrastruktur ausgebaut wird, sei auch niemand glücklich, wenn das Altenburger Land der einzige Landkreis ohne Glasfaser ist. Wenn rings um das Altenburger Land der ÖPNV so angepasst wird, wie es die ThüSac auch bei uns macht, wäre

man nicht klug, wenn dem nicht gefolgt wird und weiter rückschrittlich geblieben wird, wo andere in die Zukunft marschieren. Die vielfältigen Vorteile dieses flexiblen ÖPNV seien allen durchaus geläufig. Wer aufgepasst hat bei den Ausführungen in den letzten vorbereitenden Sitzungen habe auch mitbekommen, dass es von den Menschen angenommen wird. Dass Dinge, die neu implementiert werden, nicht von heute auf morgen zu 100 Prozent bekannt und ausgelastet sind, sei ebenfalls kein Novum und treffe nicht nur auf den ÖPNV zu. Von daher brauche alles eine gewisse Anlaufzeit. Ferner stehen langfristige Beschaffungsverfahren dahinter und es stecken auch Menschen dahinter.

Er vergleicht das Projekt mit einem Hausbau in 3 Stufen – erst das Fundament, dann die Wände und zum Schluss das Dach. Es mache überhaupt keinen Sinn, nur das Fundament zu gießen und Wände zu setzen. Es gehöre am Schluss auch das Dach drauf. Er hätte sich gewünscht, dass das Projekt am Anfang als Gesamtpaket beschlossen worden wäre. Dass es dann Variablen gibt und sich etwas ändern kann, sei klar. Es sei eines der wichtigsten Projekte, die es im Landkreis gibt und es gebe nur ein Votum, dafür zu stimmen.

Herr Zippel äußert, dass sich heute vor allem zeige, dass es richtig und wichtig war, diesen Beschluss auf den heutigen Tag zu verschieben und diesen Beschluss zusammen mit dem Haushalt zu debattieren und heute auch zu verabschieden, weil heute auch die finanzpolitische Reichweite gesehen wird. Von daher sei es genau richtig und umsichtig gewesen zu sagen, das Thema in ein Gesamtkonstrukt zu betten, wenn bekannt ist, wie die finanzielle Situation aussieht. Deswegen sei es gut, dass der Haushalt bereits beschlossen wurde.

Die CDU/FDP-Fraktion und auch er persönlich unterstützten grundsätzlich den Ausbau des ÖPNV, dieses politische Ziel des Landrates und der Kreisverwaltung, aber man müsse auch die Bürgermeister verstehen. Er möchte für dieses Verständnis werben, denn die Bürgermeister sehen, wie sie das über die Kreisumlage gegenfinanzieren müssen. Es sei ja auch so, dass der Landkreis über die Kreisumlage das Geld heranholt und dass die Bürgermeister auch Leerfahrten zu sehen bekommen, stimme auch. Deswegen sei es aber nicht falsch, was beschlossen werden soll und der Weg sei auch nicht falsch. Es sei aber umso wichtiger, dass sich schnellstmöglich angeschaut und analysiert wird, was wie und in welcher Art und Weise Nutzen bringt, welche Einsparpotentiale es gibt und das alles nicht „in Stein gemeißelt“ ist.

Fakt sei, dass man sich diesen Ausbau auch weiterhin leisten können muss. Dabei schließe sich der Kreis zum Haushalt und dass die Landkreise auch ordentlich durchfinanziert werden müssen, damit solche wichtigen Dinge auch weiterhin für die Bürger geleistet werden können.

Weitere Wortmeldungen werden nicht angezeigt.

Der Vorsitzende Herr Gumprecht bittet um die Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse der Beschlussempfehlungen der Ausschüsse:

Herr Zippel – Ausschuss für Schule, Kultur und Sport: 4 x Ja, 2 x Nein

Herr Kühn – Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau: einstimmig Ja

Herr Rosenfeld – Finanzausschuss: 5 x Ja, 3 x Enthaltung

Herr Bergmann – Kreisausschuss: 6 x Ja, 1 x Nein

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 183:

Der Kreistag beschließt, dass der Landrat ermächtigt wird, die THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH zu beauftragen, die Stufe 2 „Dobitschen“ gemäß der Umsetzungsstufe nach der Anlage in den Bausteinen (1) „Basis“, (2) „Abenderweiterung“, (3)

„Wochenenderweiterung“, (4) Nachbarschaftsverkehr und (5) „Kleine Ortschaften“ umzusetzen.

Der Landrat wird beauftragt, vierteljährlich Zwischenberichte zur Projektentwicklung zu geben, insbesondere zur Entwicklung der Fahrgastzahlen.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 35 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 25 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme bei 9 Stimmenthaltungen gefasst.

KT-DS/0297/2023

TOP 9 Neubesetzung von sachkundigen Bürgern in den Ausschüssen des Kreistages (Antrag der Fraktion DIE LINKE)

Der Vorsitzende ruft o. g. KT-Drucksache auf und bittet um Erläuterung der Vorlage. Wer scheidet als beratender Bürger aus?

Herr Tempel informiert, dass bisher Herr Fabian Hoemcke im Finanzausschuss tätig war. Sachkundige Bürger sollen Erfahrungen und Wissen in den Ausschuss einbringen, auch Erfahrungen aus langjähriger Kreistagstätigkeit. Daher wird vorgeschlagen, Herrn Klaus Börngen in den Finanzausschuss zu entsenden. Für den Ausschuss für Schule, Kultur und Sport wird vorgeschlagen, Herrn Torge Dermitzel zu entsenden.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 184

Auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE werden die nachfolgend genannten Ausschüsse durch folgende berufene Bürger neu besetzt:

Finanzausschuss: Herr Klaus Börngen

Ausschuss für Schule, Kultur und Sport: Herr Torge Dermitzel

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 35 Mitglieder anwesend. Die Abstimmung zu den zu entsendenden sachkundigen Bürgern erfolgte separat.

Der Beschluss zur Entsendung von Herrn Klaus Börngen in den Finanzausschuss erfolgte mit 30 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen.

Der Beschluss zur Entsendung von Herrn Torge Dermitzel in den Ausschuss für Schule, Kultur und Sport erfolgte mit 26 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen. Ein Mitglied hat sich an dieser Abstimmung nicht beteiligt.

Altenburg, den 11. Januar 2024

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Christian Gumprecht
Ausschussvorsitzender

Kerstin Gabler
Büro des Kreistages